

Statement der WabOS zur Osnabrücker Kampagne für bezahlbaren Wohnraum / September 2018

Wir von der WabOS, also der Wagenburg Osnabrück, setzen uns im Rahmen der Kampagne für bezahlbaren Wohnraum für eine kommunale Wohnungsgesellschaft in Osnabrück ein, weil der Verkauf der OWG im Jahr 2002 und die profitorientierte Politik der Vergangenheit dazu geführt haben, dass es fast keinen bezahlbaren Wohnraum in dieser Stadt mehr gibt.

Die WabOS ist ein gemeinschaftliches Wohnprojekt. Wir leben als solches seit 1997 am Finkenhügel in der Weststadt, am Fuße des Westerbergs. Das heißt wir wohnen in einer Gegend, wo die durchschnittlichen Quadratmeterpreise für Häuser und Wohnungen horrende Ausmaße angenommen haben. Unsere WabOS jedoch bildet einen Gegenpol zu diesen Entwicklungen. Wir leben dort in ziemlichem Einklang mit einem kleinen verbliebenen Fleck Natur zwischen Hochhäusern und Krankenhaus in unseren selbst ausgebauten Bauwägen. Das Grundstück pachten wir seit jeher von der Stadt Osnabrück zu einem sehr fairen Preis. Die Stadt wusste mit der scheinbaren Brache bislang nichts anzufangen und das Grundstück ist nicht erschlossen. Das muss es auch nicht, weil wir für uns persönlich die Lebensform 'Bauwagen' bewusst gewählt haben und uns z. B. ausschließlich über eigens gewonnenen Solarstrom versorgen. Unser Projekt hat sehr viele positive Aspekte, bezüglich des Stadtklimas zum Beispiel. Hervorgehoben seien an dieser Stelle jedoch vor allem zwei große Pluspunkte: *Gemeinschaft* und *Bezahlbarkeit*. Seit über 20 Jahren funktioniert unsere gemeinschaftliche Wohnform an Ort und Stelle, und obwohl wir weiter jeden Tag Neues lernen, kann sie längst nicht mehr als reines Experiment bezeichnet werden.

Der 'bezahlbare Wohnraum WabOS' ist aber aktuell dadurch in seinem Bestehen bedroht, dass die Stadt unter Hochdruck neue 'Wohneinheiten' durch Baugebiete schaffen will.

Im Fokus der Stadt stehen dabei jedoch nicht die Menschen, die schon in Osnabrück leben, dringend bezahlbaren Wohnraum brauchen und vielleicht nicht dem Idealbild eines*r Mieters*in entsprechen, sondern Gutverdiener*innen, die größtenteils erst noch zuziehen sollen!

Gleichzeitig wird das Argument gebracht, dass die noch zuzuziehenden Menschen dann auch Arbeitsplätze brauchen, weshalb weitere Flächenversiegelungen und Nachverdichtungen durch die Schaffung neuer Gewerbegebiete genehmigt werden. Es ist immer nur die Rede davon, dass die 'Attraktivität' der Stadt gesteigert werden soll. Was heißt das denn eigentlich? Zunächst einmal ist es doch wichtig, dass die Menschen, die schon hier leben, und die, die hier zufällig oder nicht zufällig 'landen', gut versorgt sind. Wir müssen in diesem Zusammenhang klarstellen, dass es bei der sogenannten 'Attraktivitätssteigerung' nicht darum geht, offen für neue Menschen und deren Kulturen zu sein. 'Attraktivitätssteigerung' bezieht sich im Sinne dieser und vieler anderer Städte ausschließlich darauf, potentiell sehr zahlungskräftige Steuerzahler*innen anzulocken und den Konkurrenzkampf mit anderen Städten Europas und der Welt zu schüren. Dabei werden die wildesten Vergleiche herangezogen: So sei z. B. in Amsterdam extra eine neue Vorstadt gegründet worden, in Kopenhagen sei das mit dem Baustil ganz toll gelöst und in Paris sei das Wohnen doch auch auf stark verdichtetem Raum möglich. So spannend und genial diese Metropolen auch sind: Wie sollen sich denn Menschen in Osnabrück, einer Stadt mit ihrer eigenen Geschichte, wohlfühlen, wenn sie mit Millionenstädten mithalten sollen???

Um die eskalierende Mietsituation gepaart mit dem irrsinnigen Ziel, 3.000 neue Wohneinheiten für noch anzulockende Neubürger*innen zu schaffen, zu entschärfen sucht die Stadt nun köpferrauchend nach Möglichkeiten, innerhalb der bestehenden profitorientierten Verhältnisse das Übel irgendwie einzudämmen. So sollen Baugebiete nicht nur nach Höchstgebieten, sondern auch unter Berücksichtigung einer 'Konzeptvergabe' verkauft werden. Das Problem: So wahnsinnig viele Grundstücke hat die Stadt aber gar nicht mehr, da der Großteil in der Vergangenheit verschauert wurde; immer mit dem stets ziehenden

Vorwand, die Stadtkasse sei leer. Dieses Argument hat uns – also, alle vier Jahre zur Ratswahlurne tapernden Bewohner*innen dieser Stadt – und vor allem auch denen, die nicht zur Wahlurne tapern *dürfen*, schon so einiges an Lebensqualität gekostet.

Was es als ersten Schritt dringend braucht ist ein Instrument in öffentlicher Hand um dem Wahnsinn der durch den Kapitalismus und seine neoliberalen Auswüchse bedingten Gentrifizierung von Lebensraum wenigstens ein bisschen entgegenzuwirken und langfristig bezahlbaren Wohnraum, zugänglich für alle, gewährleisten zu können. Die Gründung einer neuen, nicht wieder privatisierbaren Wohnungsgesellschaft ist hierfür das einzige real greifbare Werkzeug, und eben nicht die Suche nach privaten Investor*innen, die der Stadt mit oder ohne Konzept ihren Grund und Boden nimmt. Deshalb bitten wir Sie zum Kuli zu greifen und das gemeinsame Begehren zu unterstützen!

Doch das ist nicht unser einziger Aufruf. Wir möchten auch dazu anregen, darüber nachzudenken, ob Sie für sich Möglichkeiten sehen, sich mit anderen zusammen zu tun. Wohnraum ist keine Privatsache. Dass alle Menschen die Chance haben, nicht nur irgendein Dach über dem Kopf, sondern einen bezahlbaren Rückzugsort zu haben, an dem sie sich wohlfühlen können, ist unser aller Verantwortung. Gemeinsame Wohnprojekte oder WGs machen zudem auch Spaß und wirken der Vereinzelung entgegen. Und über verschiedene Formen von Genossenschaften und Syndikaten besteht ein großer Ansatzpunkt, die Stadt und das Schicksal ihrer Bewohner*innen nicht komplett den Mietsimmobilienkonzernen Vonovia & Co. zu überlassen.

Nicht zuletzt ist es aber in Hinsicht auf die geschaffene Wohnraumproblematik auch absolut kontraproduktiv, bereits bestehenden bezahlbaren Wohnraum zu zerstören oder zu verdrängen und dabei obendrein ein weiteres großes Areal des wenigen verbleibenden städtischen Grundes aus der Hand zu geben. Und ganz nebenbei: Kopenhagen hat mit Christiania einen komplett selbstverwalteten, autonomen Stadtteil. Im Größenvergleich sollte in Osnabrück doch also wenigstens der Erhalt solch kleiner selbstverwalteter Fleckchen wie der WabOS, die seit über 20 Jahren auf einer naturnahen Brache besteht und so trotz Wohnen die Stadt gleich um einiges grüner macht, möglich sein.

In diesem Sinne: Für die Schaffung *und* für den Erhalt bezahlbaren Wohnraums!